



Handels- und Industrieverein des Kantons Schwyz

Auf Wohnungs- oder Haussuche?

Wir helfen Ihnen gerne weiter!



Herrengasse 7/9 | 6430 Schwyz
Telefon 041 817 71 70 | www.svito-ag.ch

Svito AG, Immobilien

AUSLESE

Adressen H+I Kanton Schwyz

H+I-Präsident:

Ruedi Reichmuth
lic. iur. HSG, Rechtsanwalt
Convisa AG, Unternehmens-,
Steuer- & Rechtsberatung
6431 Schwyz
Tel. 041 819 60 60
Fax 041 819 60 69
praesident@h-i-sz.ch
ruedi.reichmuth@convisa.ch

H+I-Geschäftsführer:

Roman Weber
lic. iur. Rechtsanwalt
Anwaltskanzlei Weber
Gersauerstrasse 7
Postfach 618
CH-6440 Brunnen
Tel. 041 820 34 44
Fax. 041 820 34 55
info@h-i-sz.ch

Sekretariat Wirtschafts- wochen:

Georg Stäheli
Treuhandbüro
Kirchstrasse 42
Postfach
8807 Freienbach
Tel. 055 415 78 00
Fax 055 415 78 01
g.staeheli@staeheli-treuhand.ch

Kasse:

Schwyzner Kantonalbank
Tel. 041 819 41 11
Fax 041 819 41 27

Gesamtverantwortung

für die H+I-Auslese
(Herausgabe und Redaktion):
Sekretariat H+I
Redaktion Teil «SZ»:
Franz Steinegger, Schwyz
Tel. 041 819 08 76
Abschlussredaktion:
RA Dr. iur. Reto Wehrli, Schwyz
Tel. 041 811 80 80
Satz, Druck, Spedition:
Bruhin AG, print&crossmedia,
Freienbach
Tel. 055 415 34 34
www.bruhin-druck.ch

Für die H+I-AUSLESE nehmen in den einzelnen Regionen gerne Meldungen entgegen:

Schwyz–Brunnen–Steinen–
Gersau–Arth–Goldau:
Roman Weber
Tel. 041 820 34 44
info@h-i-sz.ch

Küssnacht:

Josef Stübi
Tel. 041 854 04 00
josef.stuebi@baer.ch

March, Höfe, Einsiedeln:

Georges Kaufmann
Tel. 055 410 11 69
georg.kaufmann@winterthur.ch

Inhaltsverzeichnis

SZ

Unterschiedliche Aussichten
in Industrie und Gewerbe 4
Wirtschaftsmeldungen 5–7

Aktuell

Für gemässigte Steuern –
Stopp dem Vereinheitlichungswahn 8

Themen

Werbeverbote:
Bevormundung und Zensur 9
Vorsichtiger Optimismus
in schwierigen Zeiten 10–11
Bilateralismus
im gegenseitigen Interesse 12

Sponsorinserat 13

Index 14

Kommentar zum Zeitgeschehen

Schwyz – immer noch
ein ländlicher Kanton? 15

Die Abkürzungen bzw. Quellenangaben vor den einzelnen Artikeln «SZ» und «CH» bedeuten:

Zeitungen:

ABl = Amtsblatt Kt. Schwyz
BdU = Bote der Urschweiz
Cas = Cash
EiA = Einsiedler Anzeiger
Fac = Facts
FrS = Freier Schweizer
GeB = Schwyzner Gewerbe-Blatt
HöV = Höfner Volksblatt
MaA = March-Anzeiger
MHZ = March Höfe Zeitung
NLZ = Neue Luzerner Zeitung
NSZ = Neue Schwyzner Zeitung
NZZ = Neue Zürcher Zeitung
RiP = Rigi Post
SHZ = Schweiz. Handelszeitung

Institutionen:

H+I = Meldung des H+I Schwyz
SKB = Schwyzner Kantonalbank
StK = Staatskanzlei des Kantons Schwyz

Die Schweiz schlägt Spanien 1 : 0



Roman Weber
H+I-Geschäftsführer

Liebe Leserinnen, liebe Leser

Die Fussballweltmeisterschaft hat erst vor kurzem begonnen und schon haben wir allen Grund, uns zu freuen. Die Schweizer Fussballnationalmannschaft hat Spanien geschlagen. Die Nati hat etwas geschafft, was ihr wohl kaum jemand zugetraut hätte. Doch wie konnte der Fussballzweig Schweiz die Grossmacht Spanien schlagen? Der Fussball hat doch in Spanien viel die grössere Bedeutung und auch die Ressourcen der Spanier sind unter Berücksichtigung der Bevölkerungszahl unvergleichbar viel grösser als in der Schweiz.

Und ums gleich vorweg zu nehmen, natürlich haben wir mit Ottmar Hitzfeld einen aussergewöhnlich guten

und erfahrenen Trainer. Am Trainer alleine kann es aber nicht liegen, denn der spielt ja in der Regel nicht selber. Es sind immer noch die Spieler, die spielen.

Wenn man sich nun die Schweizer Nationalmannschaft ansieht und die Namen auszugsweise liest, Nkufo, Bunjaku, Fernandes (den mögen wir besonders!), Derdiyok, Shaqiri usw. kann bereits festgestellt werden, dass der Erfolg dieser Equipe massgeblich auch ein Erfolg von geglückter Integration ist. Im Weiteren ist der Erfolg der Schweizer Fussballnationalmannschaft auch auf die professionelle Förderung und Ausbildung von Kindern und Jugendlichen im Bereich Fussball zurückzuführen. Ein Beleg dafür ist der Weltmeistertitel der U-17 Nationalmannschaft im Jahr 2009.

Es darf also mit Fug und Recht behauptet werden, dass der Erfolg der Nati auf einer sehr guten Integrationspolitik sowie einem professionellen Bildungssystem gründet. Dank dieser zwei Kernpunkte bestehen wir im internationalen Vergleich. Sollten wir in Zukunft einen dieser beiden Punkte vernachlässigen, werden wir international in absehbarer Zukunft wohl keine Rolle mehr spielen. Wenn wir vorne dabei bleiben wollen, so muss die Integration von Ausländerinnen und Ausländern weiter verbessert werden – die anderen Nationen schlafen nicht! Zudem müssen alle (inkl.

Immigrantinnen und Immigranten) ungehinderten Zugang zu einer Bildung auf bestmöglichem Niveau erhalten. Das kostet zwar, zahlt sich letztendlich aber aus.

Integration und Bildung sind demnach das Erfolgsrezept des Schweizer Fussballs. Nur des Schweizer Fussballs? Mit Sicherheit nicht. So heisst das Schweizer Erfolgsrezept schlechthin.

Es täte der Schweiz gut, wenn dies in der Hitze von Partei und anderen Gefechten nicht vergessen ginge.

Ich wünsche Ihnen weiterhin eine interessante WM und einen wunderschönen Sommer!

Roman Weber

Unterschiedliche Aussichten in Industrie und Gewerbe

Die verschiedenen Branchen aus Gewerbe und Industrie haben sich letztes Jahr unterschiedlich gehalten. Die gleiche Aussage gilt auch für die prognostizierte Entwicklung 2010. Dies geht aus der Schwyzer Wirtschaftsprognose der Kantonalbank hervor. Gesamthaft ist das Bruttoinlandprodukt des Kantons Schwyz im letzten Jahr um 1,3 Prozent zurückgegangen.

Die Schwyzer **Holzbranche** konnte im vergangenen Jahr um 1.5 Prozent wachsen. Damit war die Wertschöpfungsentwicklung deutlich besser als im gesamtschweizerischen Durchschnitt (+0.5%). Die Aussichten für das Schwyzer Holzgewerbe im laufenden Jahr sind ebenfalls positiv. Der wachsende Trend zur Energiegewinnung aus Holz und eine vermehrte Verwendung von Holz als Bausubstanz dürften in einem deutlichen Wertschöpfungsplus resultieren (+2.7%).

Die Schwyzer **Nahrungs- und Genussmittelindustrie** hat ihre reale Bruttowertschöpfung im vergangenen Jahr leicht erhöhen können (+0.5%). Die Exporte sind 2009 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 31.4 Prozent gestiegen, wobei dieser Anstieg vor allem aus der zweiten Jahreshälfte resultiert. Die Anzahl der Erwerbstätigen dürfte in der Nahrungs- und Genussmittelindustrie im laufenden Jahr um 1.5 Prozent zurückgehen. Entsprechend erwartet BAKBASEL für 2010 ein geringes Wachstum der realen Bruttowertschöpfung in der Nahrungs- und Genussmittelindustrie im Kanton Schwyz von 0.2 Prozent.

Nach mehreren Jahren mit deutlich positiven Wachstumsraten ist die Schwyzer **Investitionsgüterindustrie** im vergangenen Jahr voll in den Sog der Weltwirtschaftskrise geraten. In dieser ausgesprochen exportorientierten Industrie machten sich die weltweiten Nachfrageausfälle 2009 deutlich bemerkbar: Im Vergleich zum Vorjahr resultierten kräftige Rückgänge der Ausfuhren in den beiden wichtigsten Schwyzer Exportwarengruppen der Investitionsgüterindustrie «Maschinen, Apparate, Elektrotechnik» (-11.0%) und «Metalle» (-18.8%). So schrumpfte auch die reale Bruttowertschöpfung der Schwyzer Investitionsgüterindustrie im vergangenen Jahr deutlich um 6.1 Prozent.

Besonders hart getroffen wurden dabei der Fahrzeugbau (-13.1%) sowie der Maschinenbau (-8.1%). In Anbetracht der sich belebenden ausländischen Nachfrage und der aktuellen Produktions- und Umsatzzahlen besteht nun Grund zur Zuversicht. Sämtliche Branchen der Investitionsgüterindustrie dürften sich im Jahr 2010 aus der Minuszone heraus wirtschaften.

Die Schwyzer **Bauwirtschaft** zeigte sich 2009 erstaunlich unberührt von den realwirtschaftlichen Turbulenzen. Die Bauwertschöpfung konnte im Kanton Schwyz um 3.6 Prozent zulegen. Das gute Abschneiden verdankt die Baubranche unter anderem den staatlichen Konjunkturpaketen. Vor allem der Tiefbau war verantwortlich für das deutliche Wertschöpfungsplus, welcher im Vergleich zum Vorjahr um 14.8 Prozent zugenommen hat, während sie im Hochbau deutlich rückläufig war. Für das Jahr 2010 zeigt sich der Ausblick für die Schwyzer Baubranche verhalten. Die Impulse der Öffentlichen Hand werden in der zweiten Hälfte des Jahres nachlassen. Auch der industriellgewerbliche Bau erholt sich im laufenden Jahr noch nicht gänzlich von der Krise. Der Wohnbau zeigt sich weiterhin robust. Insgesamt rechnet BAKBASEL für die Schwyzer Bauwirtschaft im Jahr 2010 – ausgehend von einem hohen Niveau – mit einem leichten Wertschöpfungsrückgang von 0.2 Prozent.

Die reale Bruttowertschöpfung in den Schwyzer **Handelsbranchen** ist 2009 um 0.8 Prozent zurückgegangen. Der Grosshandel hat im vergangenen Jahr mit einem Rückgang von 2.4 Prozent unter den Nachfragerückgängen aus dem Ausland gelitten. Der Detailhandel konnte das Jahr 2009 mit einem Plus abschliessen (+1.8%). Gestützt wurde der private Konsum durch die gute Erwerbstätigkeits- und Einkommensentwicklung und sinkender Konsumentenpreise. 2010 dürfte der Schwyzer Grosshandel von der Erholung der ausländischen Nachfrage profitieren und wieder in die Wachstumszone finden (+3.6%). Der Ausblick für den Detailhandel ist eingetrübt. Auch wenn sich der Optimismus immer mehr breit macht, spricht eine Reihe von Faktoren auf der Nachfrageseite für eine eher verhaltene Entwicklung im Detailhandel (steigende Arbeitslosigkeit, stagnierende Einkommen). BAKBASEL

erwartet deshalb für den Schwyzer Detailhandel ein im Vergleich zum Jahr 2009 abgeschwächtes Wachstum von 0.7 Prozent. Insgesamt ergibt sich dadurch für die Handelsbranchen im Kanton Schwyz für das laufende Jahr ein Wertschöpfungsplus von 2.1 Prozent.

Nach einem ausgezeichneten Tourismusjahr 2008 brachte das vergangene Jahr dem Schwyzer **Tourismus** im Vorjahresvergleich deutliche Rückgänge. Die touristische Nachfrage, gemessen an den Logiernächten in der Hotellerie, ging 2009 um insgesamt 6.5 Prozent zurück. Besonders stark fiel der Rückgang bei den ausländischen Gästen aus (−8.0%). Aber auch die Binnennachfrage aus dem Vorjahr konnte nicht gehalten werden (−5.4%). Auch beim übrigen Konsum und dabei insbesondere bei den Ausgaben in Restaurants, haben die

Gäste ihre Ausgaben reduziert. Entsprechend wurde das Schwyzer Gastgewerbe von der rückläufigen Nachfrage getroffen und musste 2009 einen Wertschöpfungsrückgang um 5.5 Prozent hinnehmen. Diese Entwicklung dürfte sich im laufenden Jahr weiterziehen. BAKBASEL erwartet ein abgeschwächtes, aber immer noch kräftiges Minus von 1.9 Prozent. Hauptgründe sind die in vielen wichtigen Herkunftsmärkten zu beobachtende Zurückhaltung beim Konsum und das ungünstige Wechselkursverhältnis des Schweizer Francs gegenüber dem Euro. Gegen Jahresende dürfte die Schwyzer Tourismuswirtschaft wieder in die Gewinnzone zurückkehren.

Weitere Informationen unter szkb.ch

Wirtschaftliche Stärke dank Glück und Verstand

An der Delegiertenversammlung des Kantonal-Schwyzerischen Gewerbeverbandes (KSGV) am 26. Mai in Freienbach erklärte Tobias Straumann von der Universität Zürich den Ursprung des Schwyzer Erfolgs. In seinem Referat mit dem Titel «Mit Glück und Verstand: Die historischen Wurzeln des Schwyzer Wirtschaftsaufschwungs» versuchte zu erklären, wie der Kanton Schwyz in seine formidable finanzielle Situation kam. Seiner Schlussfolgerung nach standen nicht Steuergründe am Ursprung des Schwyzer Glücks, sondern das Scheitern der Industrialisierung im Kanton, «sonst wären solche Steuersenkungen wie heute nie möglich gewesen». Das Scheitern hatte zuerst Nachteile. «Schwyz wurde zum Subventionskanton und war abhängig von der Wirtschaftsmetropole Zürich», erklärte er. Vorteile des Scheiterns waren, dass es keine Behinderung durch die industrielle Tradition gab, Schwyz ein armer Kanton war und deshalb niedrige Steuersätze hatte, der Kanton über grosse Landreserven

verfügte und sich auf Dienstleistungen fokussieren konnte. «Die Pendler wurden so zum Sprungbrett in die neue Zeit», sagte Straumann. «Der Kanton Schwyz hatte viele Vorteile, um starke Familien anzusiedeln. Die Pendler brachten dem Kanton so viele Steuergelder, dass der Kanton in den 1980er-Jahren beginnen konnte, Unternehmen anzusiedeln. Die politisch Verantwortlichen haben die Chance, die Nähe zu Zürich, erkannt und ab den 1980er-Jahren mit Verstand genutzt».

Gemeinden mit rekordhohem Eigenkapital

Die Ende Mai veröffentlichte Gemeindefinanzstatistik 2009 liest sich erfreulich. Den Schwyzer Gemeinden und Bezirken ist es auch im letzten Jahr finanziell sehr gut gegangen. In den meisten Kommunen wurden Überschüsse erzielt, sodass sie ihr Eigenkapital aufbauen konnten. Einzig in Oberiberg, Arth und Einsiedeln

sank das vorhandene Eigenkapital. Nach wie vor steht Morschach mit einem Bilanzdefizit da. Bei den Gemeinden und Bezirken lagen Ende letzten Jahres rund 391 Millionen Franken auf der hohen Kante – eine Rekordzahl. Auch die Nettoverschuldung (Fremdkapital minus Finanzvermögen), umgerechnet auf die Einwohnerzahl, zeigt, dass es den Schwyzer Gemeinden sehr gut geht. Am höchsten liegt die Verschuldung in Morschach, gefolgt von Riemenstalden, Innerthal, Tuggen, Rothenthurm, Wangen und Illgau. Die sechs Gemeinden Galgenen, Feusisberg, Altendorf, Wollerau, Küssnacht und Freienbach weisen gar keine Verschuldung auf. Neu zu diesen schuldenfreien Gemeinden hinzugesossen ist Galgenen. Die Steuerkraft verharrte auf hohem Niveau. Tendenziell gesunken ist die relative Steuerkraft lediglich im Bezirk March und in der Gemeinde Freienbach. Nach wie vor steht Morschach mit einem Bilanzdefizit da. Der Vergleich bringt riesige Unterschiede an den Tag: In Wollerau ist die Steuerkraft fast 17 Mal so gross wie in Riemenstalden.

Erneut erstklassiges Rating für Schwyzer Kantonalbank

Wie bereits in den vergangenen Jahren hat die Rating-Agentur Standard & Poor's der Schwyzer Kantonalbank (SZKB) das Rating AA+ «sehr gute Bonität mit stabilen Zukunftsaussichten» bestätigt. Das Analytisten-Team der Rating-Agentur hat die Einstufung vom vergangenen Jahr einer ordentlichen Überprüfung unterzogen. Erneut waren die überdurchschnittliche Substanzstärke der Bank, das vorsichtige Risikomanagement, die gesunde Profitabilität und die führende Position auf dem heimischen Finanzmarkt für das erstklassige Rating massgebend. Zudem wurde die komfortable Finanzsituation des Kantons Schwyz als Garantiegeber mitberücksichtigt. Die langfristigen Verbindlichkeiten der Bank wurden wiederum mit AA+ bewertet, die kurzfristigen mit der Höchstnote A-1+. Die auf Kontinuität ausgerichtete Geschäftspolitik der SZKB wird damit bestätigt.

Kritik an Büro für Baugesuche

Damit ein Baugesuch zügiger behandelt werden kann, hat der Kanton Mitte 2008 eine Bauzentrale eingerichtet. Mit dieser Änderung wollte man erreichen, dass die von den Gemeinden an den Kanton weitergereichten Gesuche möglichst speditiv und effizient

behandelt werden können. Zusätzlich wurde in Aussicht gestellt, dass ein vollständig eingereichtes Baugesuch innerhalb einer Frist von zwei Monaten behandelt und entschieden sein muss. Kantonsrätin Petra Steimen, FDP, Wollerau, macht nun auf eine gegenteilige Entwicklung aufmerksam. Sie weist nach, dass Ende 2009 gesamthaft 261 Baugesuche pendent gewesen sind – so viele, wie in den letzten vier Jahren noch nie und doppelt so viele wie 2006. Die Parlamentarierin will deshalb von der Regierung Auskunft, welche Vorteile die Baugesuchszentrale überhaupt gebracht hat und weshalb die Zahl der Pendenzen ansteigt statt sinkt.

Gewerbler fordern Zwischennutzung für Zeughausareal in Seewen

Seit Ende 2005 ist das eidgenössische Zeughaus in Seewen geschlossen. Seither schlummert die 45 000 Quadratmeter grosse Fläche, die etwa zur Hälfte mit teils mehrgeschossigen Hallen überbaut ist, vor sich hin. Damit wäre das Areal, das durch Schiene und Strasse gut erschlossen ist, für die Neuansiedlung von Industriebetrieben bestens geeignet. Deshalb gelangten die Schwyzer Gewerbler an die Regierung. Sie wollen von ihr wissen, ob sofortige Zwischennutzungen möglich sind. Der Regierungsrat weist in seiner Antwort vom 18. Juni nun darauf hin, dass sich das Gelände nach wie vor im Besitz der armasuisse befindet, welche über allfällige Zwischennutzungen entscheiden würde. Andererseits lässt die Zonenkonformität keine andere als öffentliche oder öffentlichen Zwecken dienende Nutzungen zu. Das Zeughausareal liegt vollständig innerhalb des Perimeters der kantonalen Nutzungsplanung «Urmibergachse». Eine Umzonung erfolgt über das gegenwärtig laufende kantonale Nutzungsplanungsverfahren, das Ende 2011/anfangs 2012 abgeschlossen werden soll. Der Kanton strebt einen vorübergehenden Erwerb zu tragbaren Bedingungen in das Finanzvermögen des Kantons an.

Guter Start des Energie-Förderprogramms

Das Schwyzer Förderprogramm für den Ersatz von Heizungen und den Bau von Solaranlagen läuft gut an. Ende 2009 hat das Schwyzer Stimmvolk ein neues Energiegesetz angenommen. Seit dem 1. April 2010 ist die entsprechende Verordnung in Kraft. Darin wird das kantonale Förderprogramm geregelt. Es stehen

fünf Mio. Franken an Fördergeldern zur Verfügung. In den ersten zwei Monaten, seit Beiträge bezogen werden können, sind vom Kanton bereits 800 000 Franken vergeben worden. Dies entspricht 110 Gesuchen, die behandelt wurden. Eingereicht wurden in den Monaten April und Mai insgesamt 145 Gesuche. Wie Beat Voser von der kantonalen Energiefachstelle sagt, «ist dies ein erfreulicher Beginn» des Programms. Die hohe Zahl an Gesuchen zeige den Nachholbedarf im Kanton Schwyz. Künftig sei jedoch eher mit einer Abflachung der Anzahl Gesuche zu rechnen, schätzt Voser.

Rückschlag für Höfner Verkehrskonzept

Die Sanierung der Verkehrssituation im Bezirk Höfe hat einen Dämpfer erlitten. Die Bürger von Freienbach haben an der Volksabstimmung vom 15. Juni einen Investitionsbeitrag von 500 000 Franken für den Zubringer Halten zwar mit 2942 Ja gegen 950 Nein klar angenommen, den zweiten Investitionsbeitrag von 116 000 Franken für den Zubringer Wilenstrasse und den Fällmistunnel aber mit 1560 Ja gegen 2319 Nein deutlich abgelehnt. Dies entgegen den Empfehlungen des Gemeinderats und der meisten lokalen Parteien. Mit dieser Verweigerung erleide «die dringend notwendige Verbesserung der Verkehrssituation im Bezirk Höfe einen Rückschlag», erklärte der Gemeinderat. Dieses Nein habe zur Folge, dass der Anschluss Wollerau nicht verlegt werden könne, was sicher auf Wollerau, aber auch auf Freienbach Auswirkungen haben werde. Die Gemeinde will nun die entstandene schwierige Situation mit dem Kanton erörtern. Erste Resultate dazu sollen im August vorliegen.

Kühne investiert in Fussballklub HSV

Der in der Gemeinde Feusisberg wohnhafte Klaus-Michael Kühne steigt ins Fussballgeschäft ein. Der gebürtige Hamburger will laut Medienberichten dem Hamburger Sportverein (HSV) mit einer Millionenspritze unter die Arme greifen. 10 Millionen Euro will Kühne, dessen Vermögen vom Wirtschaftsmagazin Bilanz auf sechs bis sieben Milliarden Franken geschätzt wird, investieren. Mit dem Geld soll der Bundesligaverband junge, vielversprechende Talente kaufen können, die bei einem späteren Weiterverkauf Millionen einbringen sollen. Zudem soll Kühne die Verpflichtung von Michael Ballack ermöglichen. Laut Hamburger Morgenpost wird Kühne einen Zweijahresvertrag

für Ballack mit einem jährlichen Gehalt von fünf Millionen Franken finanzieren.

Arbeitslosenzahl sinkt weiter

Die konjunkturelle Erholung schlägt sich auch auf dem Schwyzer Arbeitsmarkt nieder. Das kantonale Amt für Arbeit (AFA) registrierte Ende Mai insgesamt noch 1635 Arbeitslose im Kanton. Dies entspricht einer Abnahme von 120 Personen oder 6,8 Prozent gegenüber dem Vormonat. Die Arbeitslosenquote verringerte sich um 0,2 Prozentpunkte auf 2,3 Prozent. Ende Mai waren 2498 Personen auf Stellensuche, im Mai 2009 waren es noch 193 weniger. Nach Herkunft betrachtet handelte es sich bei den Arbeitslosen um 920 (-57) Schweizer und 715 (-63) Personen ausländischer Herkunft. Abnehmende Arbeitslosenzahlen konnten in allen Bezirken im Kanton registriert werden. Unter dem kantonalen Mittel von 2,3 Prozent bewegen sich die Bezirke Gersau, Einsiedeln und Küsnacht sowie Schwyz, darüber liegen die Bezirke Höfe (2,7 Prozent) und March (2,8 Prozent). Gesamtschweizerisch liegt die Arbeitslosenquote bei 3,8 Prozent.

Die Wirtschaftsmeldungen wurden aus Beiträgen im Bote der Urschweiz, dem Einsiedler Anzeiger, dem Höfner Volksblatt, dem March Anzeiger und der Schweizerischen Depeschagentur (sda) zusammengestellt.

Für gemässigte Steuern – Stopp dem Vereinheitlichungswahn

Die SP-Initiative vergisst, dass von Steuerwettbewerb und gut-situierten Steuerzahlern die gesamte Bevölkerung und Wirtschaft profitieren. Deshalb ist der Nationalrat gefordert, die Entscheidung von Bundes- und Ständerat zu bestätigen und die Initiative abzulehnen.

Cp. Nachdem sich der Ständerat im vergangenen November gegen die SP-Initiative «Für faire Steuern. Stopp dem Missbrauch beim Steuerwettbewerb» (Steuerberechtigungs-Initiative) ausgesprochen hat, kommt nun – in dieser Sommersession – das Geschäft im Nationalrat zur Behandlung. Die Initiative fordert eine Einschränkung der kantonalen und kommunalen Steuerautonomie bei Einkommen und Vermögen einer gewissen Grösse: Degressive Steuertarife sollen verboten und Einkommen über 250 000 Franken mit mindestens 22 Prozent und Vermögen über zwei Millionen Franken mit mindestens fünf Promillen besteuert werden.

Nicht nur «Steuerparadiese» betroffen

Die praktischen Auswirkungen des Initiativtextes sind alles andere als harmlos. Zur Vermeidung allzu grosser Schwelleneffekte führte der obligatorische Minimalsteuersatz für Einkommen und Vermögen ab einer gewissen Grösse beispielsweise auch zu Anpassungen unterhalb der genannten Schwellen. Betroffen wären demzufolge durchaus erheblich mehr Steuerpflichtige als auf den ersten Blick ersichtlich.

Ebenso beschränkt sich der Kreis der betroffenen Kantone nicht auf einige wenige «Steuerparadiese» mit einer offensiven Steuerstrategie: Nicht weniger als 15 Kantone müssten bei Annahme der Initiative ihre Steuersysteme anpassen. Die Initiative bedeutet nicht nur einen Angriff auf die kantonale und kommunale Steuerautonomie, sondern auch eine signifikante Zunahme der Steuerbelastung für gut Verdienende.

Steuerneid ist ein schlechter Ratgeber. Es gibt viel, das für die in der Schweiz herrschende Konkurrenz spricht. So führt die an einigen Orten ausserordentlich tiefe Steuerbelastung allgemein zu einem moderaten Niveau, von dem Bevölkerung und Wirtschaft gleichermaßen profitieren. Nicht vergessen werden darf auch, dass früher «arme» Kantone, die auf Kosten der bundesstaatlichen Solidarität lebten, ihre Situation aufgrund steuerlicher Anreize massgeblich verbessern konnten. In den letzten Jahren bekamen auch ihren Steuerzahlern weniger entgegenkommende Kantone ihre Finanzen in den Griff dank gestiegener Steuereinnahmen, was zeigt, dass der Steuerwettbewerb nicht die schädlichen Folgen hat, die ihm oft nachgesagt werden, sondern dass jeder profitieren und gedeihen kann.

Am Rande sei bemerkt, dass auf Bundesebene ein Lastenausgleichssystem besteht, welches in den letzten Jahren komplett revidiert wurde, und das genau zum

Ziel hat, dass jeder Kanton ein genügend hohes Ertragsniveau erreicht.

Sorge tragen zu guten Steuerzahlern

Den Initianten missfällt, nebst dem Wettbewerb, wohl vor allem die Existenz günstiger Steuerskalen, und sie erachten ein System, das die «Reichen» nicht hinreichend schröpft, als ungerecht. Mit der gleichen Logik wird auch die Abschaffung der Pauschalbesteuerung gefordert. Allerdings ist dies eine gefährliche Sicht der Dinge. Tatsächlich überrascht es immer wieder zu sehen, welch grosser Teil an Steuereinnahmen von einem relativ kleinen Teil Steuerpflichtiger stammt: Die Steuerberechtigungs-Initiative beispielsweise hat offiziell ein bis zwei Prozent der Steuerzahler im Visier, die aber mehr als acht Prozent des steuerbaren Einkommens und damit rund 30 Prozent des Ertrags der direkten Bundessteuer ausmachen und 43 Prozent des besteuerten Vermögens halten. Zu diesen Steuerzahlern muss Sorge getragen werden, anstatt sie zu vergraulen. Ihr Wegzug bedeutete nicht nur für die betroffene Gemeinde und den Kanton, sondern auch für den Bundesstaat einen Verlust.

Mögen diese Überlegungen künftige Debatten lenken über die unendliche Steuerneid-Frage. Oder?

Werbeverbote: Bevormundung und Zensur

Cp. Politik und Behörden erlassen weitgehend unreflektiert und unwidersprochen Verbot um Verbot. Aus Sorge des Staates um das Wohl seiner Bürger und unter dem Vorwand von Prävention, Gesundheits- und Umweltschutz, Gefahrenvermeidung und Ähnlichem werden Hunderassen, Heizpilze, Computerspiele verboten und Ausgangssperren für Jugendliche, Bussen für Littering, Bewilligungspflichten für private Kinderbetreuung verhängt.

Zum Schutze der Allgemeinheit und vor allem vor sich selbst wird der Einzelne staatlich bevormundet. Obwohl die Bundesverfassung in erster Linie jeden Einzelnen für sich selber verantwortlich erklärt (Art. 6 BV), nimmt der Staat ihm ungefragt immer mehr Verantwortung ab und dringt ständig tiefer in den privaten Alltag ein. Da jeweils nur eine Minderheit betroffen ist, bleibt Protest meistens aus. «Fürsorgerischer Freiheitsentzug» titelte vergangene Herbst eine deutsche Wochenzeitung über einem Artikel zur Durchregulierung des schweizerischen Alltags und wunderte sich über so wenig Widerstand.

Nun wollen verschiedene Interessensgruppen, unterstützt von Politik und Behörden, sexistische

Werbung und solche für Alkohol, Tabak, fett- und zuckerhaltige Speisen, Autos etc. – zusätzlich zu bereits bestehenden Restriktionen – generell verbieten. Entsprechende Bestrebungen sind nicht nur in der Schweiz auf kantonaler und Bundesebene, sondern EU-weit im Gange. Gegen die drohende Ausuferung von Werbeverboten wehren sich nicht nur die Werbebranche, sondern auch Wirtschafts- und Branchenorganisationen.

Werbung steigert weder den generellen Konsum einer Ware noch fördert sie Suchtverhalten. Wer kein Auto will, wird sich trotz Werbung kein Auto kaufen. Wer Suchtverhalten zeigt, tut dies nicht wegen der Werbung, sondern aufgrund biologischer, psychischer, sozialer und gesellschaftlicher Faktoren. Werbeverbote schiessen also am Ziel vorbei: Sie vermindern weder den Konsum noch verhindern sie Abhängigkeitssyndrome.

Die Industrie legt sich aus Gründen des Kinder- und Jugendschutzes zudem freiwillig Selbstbeschränkungen auf in der Bewerbung, im Verkauf und in der Verbreitung bestimmter Produkte. Die Lauterkeitskommission überprüft regelmässig die Massnahmen beispielsweise der Tabakindustriewerbung.

Werbung fördert Wettbewerb, Innovation und freie Marktwirtschaft, weil die Anbieter in ständiger Konkurrenz stehen. Werbung positioniert Marken und Produkte und hilft, Marktanteile zu sichern und zu gewinnen. Werbeverbote verhindern die Information über Innovationen und Produktverbesserungen und damit den Anreiz zu solchen.

Und schliesslich ist Werbung Teil der verfassungsrechtlich garantierten Meinungs- und Informationsfreiheit (Art. 16 BV), der Medienfreiheit (Art. 17 BV) sowie der Wirtschaftsfreiheit (Art. 27 BV). Diese verfassungsmässigen Rechte gilt es nicht leichthin aufs Spiel zu setzen für vielleicht sogar gut gemeinte, aber damit nicht erreichbare Ziele.

Werbeverbotesind unverhältnismässig, schädlich, bevormundend, zensierend und nicht zielführend. Der ausufernden Tendenz muss jetzt Einhalt geboten werden, denn es ist abzusehen, dass Werbeverbote, wenn sie einmal etabliert sind, nicht allein auf «ungesunde Konsumgüter» beschränkt bleiben.

Vorsichtiger Optimismus in schwierigen Zeiten – Wirtschaftslage und konjunktureller Ausblick 2010 und 2011

es. Die Schweizer Wirtschaft hat sich in stürmischen Zeiten im Vergleich zum Ausland gut behaupten können. Das Wirtschaftswachstum der Schweiz ist zwar im letzten Jahr um 1,5 Prozent eingebrochen, angesichts der historischen Dimension der Krise musste aber lange Zeit mit einem deutlich stärkeren BIP-Rückgang gerechnet werden. Besonders in der Exportwirtschaft mussten in der ersten Jahreshälfte 2009 teilweise dramatische Auftragsrückgänge verkraftet werden. Der Geschäftsgang im Exportsektor hat sich in der zweiten Jahreshälfte 2009 und in den ersten fünf Monaten 2010 wieder stabilisiert, liegt jedoch in einigen Branchen wie der Maschinen- und Textilindustrie auf bedeutend tieferem Niveau als vor Ausbruch der Krise. Dank der Möglichkeit zur Kurzarbeit konnten viele Exportbetriebe ihr Personal weiter beschäftigen. Diese sind daher beim Konjunkturaufschwung sofort in der Lage, die eingehenden Aufträge zu erledigen. Die Kurzarbeit hat zudem dazu beigetragen, dass die Arbeitslosenquote in der Krise nicht sehr stark anstieg. Sie hat ihren Höchststand bereits überschritten und beträgt aktuell 3,8 Prozent. Die Arbeitslosenquote ist – im Gegensatz etwa zu Spanien oder Irland – hierzulande auch deswegen nur moderat angestiegen, weil die BIP-Rückgänge nicht im arbeitsintensiven Bausektor sondern im hochspezialisierten Exportsektor anfielen.

Der moderate Anstieg der Arbeitslosenquote hat entscheidend dazu beigetragen, dass die

Binnenwirtschaft relativ wenig von der weltweiten Krise erfasst worden ist. Als eigentliche Konjunkturstütze hat sich der Konsum erwiesen. Einen nicht zu vernachlässigenden Einfluss hat dabei die anhaltende Netto-Immigration: Nach wie vor besteht ein Nachfrageüberhang nach qualifizierten Arbeitskräften (Gesundheitswesen, Informatik, Chemisch-pharmazeutische Industrie). Da die Schweiz attraktive Arbeitsbedingungen anbietet, kann sie diese Arbeitskräfte aus dem Ausland auch rekrutieren. Die zusätzliche Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen stützt den Konsum, aber auch die Bauwirtschaft. Letztere profitierte zudem von den Investitionsausgaben der öffentlichen Hand.

Die binnenwirtschaftlichen Auswirkungen der Exportkrise blieben auch deswegen gemässigt, weil keine Kreditklemme aufgetreten ist. Zwar wurden aufgrund des schlechteren Konjunkturverlaufs vereinzelt die Kreditkonditionen verschärft, es kam aber selbst während des Höhepunkts der Finanzkrise zu keiner Störung der Kreditvergabe an die Unternehmen.

Die Wirtschaft ist vorsichtig optimistisch. Branchen wie die Maschinenindustrie, die besonders hart unter dem weltweiten Nachfrageeinbruch gelitten haben, erwarten in diesem und im nächsten Jahr positive Wachstumsraten. Diese erfreuliche Entwicklung darf allerdings nicht darüber hinweg täuschen, dass das Exportniveau der Schweiz von 2008

in diesen Branchen bis auf weiteres nicht wieder erreicht wird. Die Exportindustrie profitiert davon, dass sie sich in den letzten Jahren weltweit stark diversifiziert hat. Sie kann daher von der dynamischen Entwicklung der Schwellenländer profitieren. In den Märkten ausserhalb Europas hat die Schweizer Wirtschaft auch nicht mit einer Aufwertung des Frankens zu kämpfen. Demgegenüber hemmt die Entwicklung in Europa mit dem gegenüber dem Franken schwachen Euro den Wiederaufschwung. Besonders kleinere und mittlere Unternehmen, die nach wie vor einen Grossteil ihrer Güter nach Europa liefern, haben mit dem erstarkten Franken zu kämpfen. Für die Textilindustrie akzentuiert sich das Problem, weil hier oft Vorleistungen aus dem Dollar-Raum importiert werden, in der Schweiz weiterverarbeitet und nach Europa exportiert werden. Durch die Euroabschwächung sinkt die Marge oder der Absatz wird durch Preiserhöhungen reduziert. Schwerer wiegt aber, dass die generelle Nachfrage in Europa durch die Langzeitfolgen der Krise für längere Zeit verhalten sein wird. Die zum Abbau der riesigen Staatsdefizite notwendigen Steuererhöhungen und Sparprogramme der öffentlichen Hand werden die Konjunktur in Europa belasten. Die Finanzmärkte werden weiterhin nervös reagieren, weil berechtigte Zweifel bestehen, dass die europäischen Regierungen den Sparkurs erfolgreich einhalten können. Die Unsicherheiten betreffen auch den erheblichen Abschreibungsbedarf

im Bankensystem verschiedener Länder. Die Erfahrung lehrt, dass die wirtschaftliche Gesundung nach Immobilienkrisen nicht Quartale, sondern Jahre beansprucht. Die Exportindustrie stellt sich daher auf eine stärkere Verschiebung der Nachfrage ihrer Produkte von Europa weg zu den Märkten in Asien und Amerika ein. Das im Jahresdurchschnitt erwartete, relativ hohe Wachstum der Exporte im Jahr 2010 ist zu einem wesentlichen Teil auf den tiefen Einbruch im Vorjahr zurückzuführen. Auch bei den Ausrüstungsinvestitionen zeigt sich dieser Basiseffekt: Der tiefe Einbruch von 2009 führt dazu, dass die Ausrüstungsinvestitionen im Jahr 2010 im Vergleich zum Vorjahr deutlich zulegen.

Die Binnenkonjunktur wird weiterhin von der sinkenden Arbeitslosigkeit, der Netto-Immigration und vom schwachen Euro profitieren. Hält die Euroschwäche wie erwartet an, werden sich die Importe aus dem Euro-Raum mit einer gewissen Verzögerung verbilligen und den Konsum erhöhen. Die Währungssituation schafft aber Gewinner und Verlierer. So fördert der schwache Euro den Einkaufstourismus in die benachbarten Grenzregionen. Demgegenüber profitieren die Reisebüros davon, dass sie günstigere Europa-Reisen offerieren können. Der Schweizer Tourismus allerdings – als eigentliche Exportindustrie – leidet unter dem starken Franken. Touristische Leistungserbringer können auch kaum von billigeren Vorleistungen aus dem Euro-Raum profitieren. Es ist daher mit einer

deutlichen Fortsetzung des Rückgangs an europäischen Gästen von rund 5% in diesem Sommer zu rechnen. Der Wiederaufschwung der Tourismuskonjunktur dürfte sich in dieser Situation deshalb bis in die zweite Hälfte 2011 verschleppen. Die Binnenkonjunktur wird in der Schweiz nicht durch Sparmassnahmen der öffentlichen Hand belastet. Im Gegenteil ist mit weiterhin steigenden Staatsausgaben zu rechnen. Trotz tiefen Zinsen ist bei den Bauinvestitionen ein leichter Rückgang auf hohem Niveau zu erwarten.

Die extrem expansive Geldpolitik der Schweizerischen Notenbank wird früher oder später zu Ende gehen. Ein erster wichtiger Schritt für die Exit-Strategie war das Ausbleiben einer Intervention der Notenbank, als der Euro-Kurs erstmals unter 1,40 gefallen ist. Dies kann als Signal interpretiert werden, dass die Notenbank künftig den Franken-Euro-Kurs stärker den Marktkräften überlassen wird. Dieses Bekenntnis zu einer unabhängigen Geldpolitik der SNB war nötig. Eine Anbindung des Schweizer Frankens an den Euro wäre mit grösseren volkswirtschaftlichen Kosten (Aufgabe des Realzinsvorteils) verbunden als die aktuelle Aufwertung. Es ist aber nicht davon auszugehen, dass die Notenbank die Zinsen bereits dieses Jahr deutlich erhöhen wird. In der aktuell angespannten wirtschaftlichen Situation in Europa hätte dies eine weitere Aufwertung des Frankens zur Folge. Die unmittelbare Inflationsgefahr in der Schweiz bleibt zudem moderat,

da die Outputlücke nach wie vor Produktionsausweitungen ohne Preiseffekte ermöglicht. Auch die Importpreise sinken aufgrund des schwachen Euros. Lediglich im Immobilienmarkt ist aufgrund der tiefen Zinsen mit weiterhin steigenden Preisen zu rechnen. Für einen Zeithorizont von rund drei Jahren wird die Inflationsgefahr zum Teil als gross bis sehr gross bewertet. Die Exit-Strategie der Nationalbank stellt vor diesem Hintergrund einen schwierigen Balance-Akt dar.

Bilateralismus im gegenseitigen Interesse

es. Für den Spitzenverband der Schweizer Wirtschaft gibt es keine Alternative zur Fortführung des bilateralen Wegs. Als zweitwichtigster Handelspartner ist die Schweiz auch für die EU ein interessanter Wirtschaftspartner. Zwar dürfte der bilaterale Weg schwieriger werden. Dennoch ist es notwendig, sich für gezielte Verhandlungen in weiteren Bereichen von beidseitigem Interesse einzusetzen.

Die grundlegenden Positionen der schweizerischen Europapolitik müssen in Anbetracht der dynamischen Entwicklungen regelmässig überprüft werden. *economiesuisse* tut dies aus wirtschaftlicher Perspektive. Anhand konkreter Kriterien wie Wettbewerbsfähigkeit, Marktzugang und wirtschaftspolitischer Souveränität wurden die verschiedenen europapolitischen Szenarien neu beurteilt.

«Der bilaterale Weg hat sich aus wirtschaftlicher Sicht bewährt. Gemessen an den wirtschaftlichen und politischen Besonderheiten gibt es hierzu keine Alternative», sagt Gerold Bühler, Präsident von *economiesuisse*. Der bilaterale Weg sichert der Schweizer Wirtschaft weitgehend den Marktzugang, fördert die internationale Wettbewerbsfähigkeit und bewahrt gleichzeitig einen möglichst hohen Grad an eigenständiger Wirtschafts- und Währungspolitik.

Sämtliche europapolitische Szenarien – von der Isolation bis zum EU-Beitritt – schneiden gegenüber

dem Bilateralismus schlechter ab. Der bilaterale Weg der Schweiz soll jedoch nicht als «Rosinenpickergang» gesehen werden, im Gegenteil. Den beidseitigen Nutzen muss die Schweiz offensiver kommunizieren. Die EU profitiert ebenso vom gegenseitigen Marktzugang wie die Schweiz. Die Schweiz ist immerhin der zweitwichtigste Kunde der EU, vor Japan, China und Russland und leistet einen bedeutenden Beitrag für die Wettbewerbsfähigkeit und Stabilität Europas.

Angesichts der gestiegenen Zahl der EU-Mitgliedsstaaten und ihrem Verlangen nach automatischer Übernahme des EU-Rechts dürfte der bilaterale Weg schwieriger werden. Dennoch ist es nötig, sich für eine gezielte Weiterführung einzusetzen. Unter Wahrung klar definierter Kriterien unterstützt die Wirtschaft bilaterale Abkommen im Agrar- und Lebensmittelbereich, beim Chemikalienrecht und beim Stromhandel. Auch im Bereich der Finanzdienstleistungen hat die Schweizer Wirtschaft ein Interesse an einer Marktöffnung. Ein umfassendes Abkommen würde jedoch Anpassungen im Banken-, Versicherungs- und Börsenrecht nach sich ziehen und die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz tangieren. Ein Abkommen müsste neben dem Marktzutritt für Schweizer Finanzdienstleister künftig auch den Schutz der Privatsphäre und die Rechts- und Amtshilfe Regelungen der Schweiz gewährleisten. Ein automatischer Informationsaustausch soll aber abgelehnt

werden. Zentral ist auch die gegenseitige Anerkennung der nationalen Aufsicht. Informelle Vorabklärungen für ein Abkommen sind deshalb angezeigt. Claude-Alain Margelisch, Stv. Vorsitzender der Geschäftsleitung der Schweizerischen Bankiervereinigung, erklärt: «Ein mögliches Finanzdienstleistungsabkommen ist im gegenseitigen Interesse. Ob sich eine Marktöffnung in einem Umfeld, das gegenwärtig von protektionistischen Tendenzen geprägt ist, tatsächlich anbahnen lässt, wird sich noch weisen müssen.»

Für die Weiterentwicklung des bilateralen Wegs gilt es zu beachten, dass eine gut integrierte Schweizer Wirtschaft in Europa den Wachstumseffekt in der Schweiz und der EU stärkt. Angesichts der engen Verflechtungen muss die Schweiz ein vitales Interesse an einer nachhaltigen Behebung der massiven Schuldenprobleme in der Eurozone haben. Ein wirkungsvoller Wettbewerb der beiden Handelspartner im Rahmen offener, globalisierter Märkte erhöht die Standortqualität Europas gegenüber Nordamerika und Asien und ist daher im beidseitigen Interesse.

In der Maiausgabe der «Auslese» wurde leider die Präsentation des Sponsors versäumt.

Wir publizieren deshalb das Firmenportrait der Firma Tisel Lackiertechnik AG nachträglich in der vorliegenden Ausgabe Juni 2010.



Die TISEL Lackiertechnik AG ist eine dynamische Firma, die zurzeit 26 Mitarbeiter beschäftigt.

TISEL

Die Spezialisten
für Lackiertechnik

Als Basis der Gründung diente das wirtschaftliche und technische Know-how der Landis + Gyr AG, wobei die Qualitätsansprüche dieses Elektrokonzerns als Massstab für alle unsere Kunden gelten. Das Leistungsspektrum von TISEL ist für praktisch den gesamten Industriebereich ausgelegt und garantiert einen wirtschaftlichen und technisch optimalen Korrosionsschutz von Werkstücken jeglicher Art.

Nach gründlicher Vorbehandlung erfolgt eine Oberflächenbehandlung nach folgenden Methoden:



- konventionelle Lackierung nach Spritzverfahren
- elektrostatische Lackierung
- Pulverbeschichtung
- Lackierung von Kunststoffteilen
- elektrophoretische Tauschlackierung von Massenteilen
- Silikonpolymere Lackierung
- Sieb- und Tampondruck

Nach erfolgter Beschichtung sind wir auch in der Lage, am Werkstück Montagearbeiten auszuführen. Unsere attraktiven Konditionen veranlassen selbst ausländische Automobilhersteller, uns ihre Teile anzuvertrauen.

TISEL Lackiertechnik AG | Zugerstrasse 61 | 6403 Küssnacht am Rigi SZ

Telefon +41 41 854 20 60 | www.tisel.ch | info@tisel.ch

Grosshandelspreise (Basis Mai 2003 = 100)

Gesamtangebot

	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
2008	109,1	109,3	109,9	110,7	112,0	112,6	113,2	112,6	112,0	111,4	109,8	109,0
2009	108,0	107,4	106,8	106,7	106,4	106,3	106,3	106,4	106,6	106,1	106,1	106,2
2010	106,6	106,3	106,9	107,5	107,8							
*	-1,3%	-1,0%	0,0%	+0,8%	+1,4%							

Produzentenpreise

	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
2008	108,2	108,7	109,0	109,9	111,2	111,7	112,0	111,2	110,7	110,4	110,0	109,7
2009	109,4	108,6	108,2	108,2	107,9	107,9	107,7	107,7	107,8	107,3	107,2	107,4
2010	107,8	107,5	107,9	108,5	108,6							

Importpreise

	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
2008	110,7	110,5	111,7	112,1	113,5	114,4	115,6	115,4	114,6	113,2	109,3	107,6
2009	105,5	105,0	104,2	103,6	103,4	103,4	103,6	104,0	104,3	103,8	103,9	104,0
2010	104,3	104,0	104,8	105,5	106,3							

Konsumentenpreise (Basis Dezember 2005 = 100)

Totalindex

	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
2008	102,3	102,5	102,8	103,6	104,5	104,6	104,2	103,9	104,0	104,6	103,9	103,4
2009	102,5	102,7	102,4	103,3	103,5	103,6	103,0	103,1	103,1	103,7	103,9	103,6
2010	103,5	103,7	103,8	104,7	104,6							
*	+1,0%	+0,9%	+1,4%	+1,4%	+1,1%							

Gewichtung in % 2008	Gewichtung in % 2009	2009	2010				
		Dez.	Jan.	Feb.	März	Apr.	Mai

Monatsindex (Dez, 2005 = 100)

		100	100	103,6	103,5	103,7	103,8	104,7	104,6
Totalindex									
Nach Gruppen von Gütern und Dienstleistungen	Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	11,091	10,903	103,2	103,9	104,3	104,7	104,7	103,9
	Alkoholische Getränke und Tabak	1,785	1,696	108,1	108,8	108,9	105,8	109,2	109,0
	Bekleidung und Schuhe	4,434	4,553	106,6	93,9	93,9	93,9	110,5	110,5
	Wohnen und Energie	25,212	25,092	108,0	109,1	109,4	109,8	110,1	110,5
	Hausrat und laufende Haushaltsführung	4,762	4,968	102,9	102,2	101,7	102,3	102,2	102,8
	Gesundheitspflege	14,467	14,075	100,3	100,3	100,4	100,3	100,7	99,6
	Verkehr	11,285	11,157	104,0	104,7	105,0	105,7	106,1	106,6
	Nachrichtenübermittlung	2,938	2,716	88,5	86,9	86,9	86,9	87,0	86,9
	Freizeit und Kultur	10,607	10,615	98,7	98,6	98,1	97,6	97,0	96,8
	Erziehung und Unterricht	0,674	0,684	106,1	106,1	106,1	106,1	106,1	106,1
	Restaurants und Hotels	8,142	8,332	106,6	107,5	107,7	107,8	107,8	107,6
	Sonstige Waren und Dienstleistungen	4,603	5,209	102,3	103,0	103,6	103,6	103,6	103,8
Nach Herkunft und Art	Inlandgüter	71,506	71,292	105,0	105,1	105,5	105,4	105,6	105,5
	Auslandgüter	28,494	28,708	100,3	99,4	99,1	99,7	102,4	102,3
	Waren	43,493	43,208	101,2	100,7	100,5	101,0	103,1	102,7
	Dienstleistungen	56,507	56,792	105,5	105,7	106,1	106,0	106,0	106,1

* Veränderungen in Prozenten zum Vorjahresmonat

Die neuesten Zahlen der Grosshandels- und Konsumentenpreise erhalten Sie jederzeit unter <http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/05.html>

Schwyz – immer noch ein ländlicher Kanton?

Wir haben zwei neue Regierungsräte. Ob die richtigen oder falschen ist nicht mein Thema. Mir geht es um das Bild des Kantons, das durch die Werbung der verschiedenen Kandidatinnen und Kandidaten vermittelt wurde: Schwyz ein Landkanton. Als Branchen wurden vor allem Landwirtschaft und Tourismus genannt, auf Bildern prägten Berge den Hintergrund. Der Finanzplatz Höfe fand da kaum Platz. Hingen die Kandidaten einer nostalgischen Verklärung vergangener Zeiten nach? Lässt sich damit eher Stimmen erzielen?

Gefährlich wäre die Einschätzung, dass die Politik den Wachstumsmotor Höfe nicht pflegen müsste und er auf ewig brummt. So ist dort das Verkehrsproblem nicht gelöst. Ausserhalb der Wachstumsgebiete neigen Politiker oft zur irrigen Ansicht, sie müssen nur lang genug warten bis sich ebenfalls ein «dicker Fisch» mit seiner Firma oder mindestens mit seinem Vermögen niederlässt. Dieser Heilsbringer kommt natürlich selten bis nie.

Allerdings hat sich die Branchenstruktur auch in den sogenannten ländlichen Gebieten unseres Kantons stark verändert. Nur gerade in der Region Einsiedeln stellt die Landwirtschaft die meisten Arbeitsplätze, knapp vor dem Detailhandel und dem Ausbaugewerbe. An vierter Stelle folgt bereits das Gesundheitswesen als die eigentliche Wachstumsbranche dieser Region. Sie weist heute bereits mehr Arbeitsplätze auf als die Gastronomie.

Die weniger zentral gelegenen Gegenden weisen wirtschaftlich einige Gemeinsamkeiten auf: Ansiedlungen sind Mangelware, Innovationskraft und Wertschöpfung sind mit Ausnahmen

unterdurchschnittlich. Insgesamt liegt der Ausbildungsstand der Bevölkerung unter dem Schweizer Mittel. Vor diesem Hintergrund liegt eine Entwicklung von innen nahe. Sie setzt vor allem auf bereits vorhandene Schlüsselbranchen und auf eine verbesserte Nutzung der menschlichen Ressourcen, die ja dank eines hohen Anteils Jugendlicher und Pendler reichlich vorhanden sind. Wissen und Kompetenz von Bevölkerung, Firmen und Institutionen sind die Erfolgsfaktoren.

Die beiden Regionalverbände Einsiedeln und Rigi – Mythen leisten mit Unternehmergegesprächen einen Beitrag. Sie vermitteln vor Ort aktuelles Wissen und sensibilisieren für regelmässige Weiterbildung. Für betriebspezifisches, vertieftes Wissen steht das Technologiezentrum in Steinen zur Verfügung. Womöglich verfügt es aber über zu bescheidene Mittel, um die gewünschte Wirkung zu erzielen.

Auch wenn sie nicht mehr die frühere Rolle spielen, stehen Landwirtschaft und Tourismus vor entscheidenden Herausforderungen. Der Preisdruck geht weiter und beschleunigt den Strukturwandel. Einige Initiativen begegnen der Herausforderung unternehmerisch und mit viel Eigeninitiative. An vorderster Stelle sind die Bäuerinnen zu nennen, welche mit dem Agrotourismus einen neuen Betriebszweig entwickelten. Qualitätskriterien sind definiert, das Marketing aufgebaut. Schauen Sie mal auf www.agrotourismus-schwyz.ch rein und Sie werden erstaunt sein.

Einen anderen Weg beschreiten bäuerliche und gewerbliche Verarbeiter landwirtschaftlicher Rohstoffe. Sie sind daran, Qualitätsprodukte vom

Käse bis zur Fleischspezialität mit klarer Herkunftsbezeichnung unseren Regionen gemeinsam in der Agglomeration zu verkaufen – eine Herausforderung an Marketing und Logistik. Schliesslich planen Bauern von Einsiedeln eine gemeinsame Milchverarbeitung und setzen auf das Image des Klosterdorfs. Die erwähnten Zusammenarbeitsprojekte unterstützen REV, Kanton und Bund.

Zusammenarbeit ist im Tourismus nicht gerade die Lieblingsbeschäftigung. Darum ist es auch richtig, dass der Kanton jetzt die Branche mit sanftem Druck zum gemeinsamen Marketing führt. Diese mangelnde Tugend ist aber nicht allein verantwortlich für die rückläufige Hotellerie an den klassischen Standorten, auch nicht nur die veränderte Nachfrage. Die Politik hat es auch unterlassen, in der Nutzungsplanung die notwendigen Flächen zu sichern. Auch bürdet sie nach wie vor allein der schrumpfenden Hotellerie mit der Kurtaxe die Kosten der touristischen Information auf. Wenn man das rasante Wachstum des Tagestourismus anschaut, ist diese Sondersteuer nicht mehr zu begründen. Für viele Einheimische treten die Tagesgäste sogar so zahlreich auf, dass der Ruf nach einer gewissen Lenkung laut wird.

Vor diesem Hintergrund hatten die Wahlkämpfer/-innen doch recht von Landwirtschaft und Tourismus zu sprechen. Hier erwarten die Regierung auch in der neuen Zusammensetzung reichlich Aufgaben.

Klaus Korner
Geschäftsführer
des REV Einsiedeln und
des REV Rigi – Mythen

Generalversammlung des H + I des Kantons Schwyz

Am **Dienstag, 7. September 2010, ab ca. 16.15 bis 21.30 Uhr** lädt der H + I seine Mitglieder zur **Generalversammlung** ein. Es ist uns eine grosse Ehre **Herr Nationalrat und Bauernpräsident Hansjörg Walter** an der diesjährigen GV als Referenten begrüßen zu dürfen.

Die Generalversammlung findet im **Hotel Bären in 8853 Lachen** statt. Wir bitten Sie, diesen Termin vorsorglich zu reservieren; die Einladungen werden erst später versandt.

Gesellschaftsanlass des H + I des Kantons Schwyz

Am **Donnerstag, 4. November 2010, ab ca. 16.00 bis 21.30 Uhr** lädt der H + I seine Mitglieder zum **Gesellschaftsanlass** ein, anlässlich welchem die **Firma Pamasol Willi Mäder AG in Pfäffikon/SZ** besichtigt wird. Danach findet ein **Apéro** mit anschliessendem **Nachtessen** statt.

Wir bitten Sie, den alten Termin für den Gesellschaftsanlass zu streichen und diesen Termin vorsorglich zu reservieren; die Einladungen werden erst später versandt.

Diese Ausgabe wird gesponsert von

Svito AG, Immobilien, Herrengasse 7/9, 6430 Schwyz
www.svito-ag.ch

Nr.	Datum	Sponsor
410	26.11.2009	Meister & Co. AG, Schmuckmanufaktur, Hauptstrasse 66, 8832 Wollerau
411	17.12.2009	CREDIT SUISSE AG, Firmenkunden KMU, 8853 Lachen SZ / 8808 Pfäffikon SZ
412	28.01.2010	Feusi & Partner AG, Architekturbüro, Schindellegistrasse 36, 8808 Pfäffikon
413	25.02.2010	Kürzi AG, Werner-Kälinstrasse 11, 8840 Einsiedeln
414	25.03.2010	Brauerei Rosengarten AG, Spitalstrasse 14, 8840 Einsiedeln
415	29.04.2010	Käppeli Strassen- und Tiefbau AG Schwyz
416	27.05.2010	Tisel Lackiertechnik AG, Zugerstrasse 61, 6403 Küssnacht am Rigi
417	24.06.2010	Svito AG, Immobilien, Herrengasse 7/9, 6430 Schwyz
418	26.08.2010	FAES AG, Roosstrasse 49, 8832 Wollerau
419	23.09.2010	TEVAG Interior AG, Zürcherstrasse 137, 8852 Altendorf
420	28.10.2010	Victorinox AG, Schmiedgasse 57, 6438 Ibach
421	25.11.2010	Meister & Co. AG, Schmuckmanufaktur, Hauptstrasse 66, 8832 Wollerau
422	16.12.2010	CONVISA AG; Unternehmens-, Steuer- und Rechtsberatung, Schwyz, Pfäffikon, Altdorf
423	27.01.2011	Garaventa AG, Zweigniederlassung Goldau, Tennmattstrasse 15, 6410 Goldau
424	24.02.2011	PPS Polyvalent PatentService AG, Bahnhofstrasse 12, 6403 Küssnacht am Rigi
425	29.03.2011	Beat Föhn AG, Plattenbeläge, Gätzlistrasse 2, 6440 Brunnen
426	28.04.2011	Arthur Weber AG, Wintersried 7, 6423 Seewen
427	26.05.2011	Glasmanufaktur Buttikon AG, Glashandel, Kantonsstrasse 41, 8863 Buttikon
428	23.06.2011	Schwyzner Kantonalbank, Bahnhofstrasse 3, 6431 Schwyz
429	25.08.2011	
430	29.09.2011	
431	27.10.2011	Mächler AG, Sandstrahl- und Metallspritzwerk, Zürcherstrasse 104, 8852 Altendorf
432	24.11.2011	
433	15.12.2011	ROESLE FRICK & PARTNER Rechtsanwälte und Urkundspersonen, Zürich und Pfäffikon/SZ
434	21.01.2012	PVA AG, Böden Holzwerkstoffe, Talstrasse 8, 8852 Altendorf
435	23.02.2012	Sparkasse Schwyz, 6431 Schwyz
436	29.03.2012	Mythen Center Schwyz, Mythencenterstrasse 15, 6438 Ibach
437	26.04.2012	